

vbw

Die bayerische Wirtschaft



Position

Analyse des Zehn-Punkte-Plans von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Stand: Juli 2017
www.vbw-bayern.de

Vorwort

Mehr, nicht weniger Marktwirtschaft

Das Bundestagswahlprogramm 2017 von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN „Zukunft wird aus Mut gemacht“, auf Kernaussagen fokussiert im Zehn-Punkte-Plan, enthält einiges, was für die Unternehmen in unserem Land zusätzliche Belastungen bringen würde. Das gilt vor allem für die Themen Umwelt- und Klimaschutz und den Bereich Soziales.

Beides lässt sich nur auf Grundlage einer starken und wettbewerbsfähigen Wirtschaft realisieren. Bereits in der laufenden Legislaturperiode sind verschiedene strukturelle Belastungen für die Unternehmen hinzugekommen, deren Folgen sich vor allem unter weniger günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen zeigen werden. Dass Deutschland heute gut dasteht, darf darüber nicht hinwegtäuschen. Um weiter Wohlstand und Beschäftigung sichern zu können, brauchen wir zukunftsorientierte Rahmenbedingungen.

Wichtig ist dabei insbesondere, stärker auf Flexibilität, Freiheit und Anreize für Innovationen als auf starre Vorgaben und Verbote zu setzen. Zu neuer Umverteilung gibt es keinen Anlass. Die weiteren Regulierungen im Bereich Arbeit sowie die Einführung einer Vermögenssteuer und einer Bürgerversicherung sehen wir kritisch.

In der Energie- und Klimapolitik sowie bei der Mobilität finden sich zwar innovative Ansätze, die zu begrüßen sind, doch stellen überzogene nationale Klimaziele und die daran anknüpfenden Maßnahmen die Zukunft unseres Automobilstandorts in Frage und gefährden einen tragenden Pfeiler unseres heutigen Wohlstands. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Marktwirtschaft.

Bertram Brossardt
24. Juli 2017

Inhalt

1	Klimaschutz.....	1
1.1	Zehn-Punkte-Plan	1
1.2	Bewertung der vbw	1
2	Elektromobilität.....	3
2.1	Zehn-Punkte-Plan	3
2.2	Bewertung der vbw	3
3	Landwirtschaft	5
3.1	Zehn-Punkte-Plan	5
3.2	Bewertung der vbw	5
4	Europa	7
4.1	Zehn-Punkte-Plan	7
4.2	Bewertung der vbw	7
5	Familien	9
5.1	Zehn-Punkte-Plan	9
5.2	Bewertung der vbw	9
6	Soziale Sicherheit	11
6.1	Zehn-Punkte-Plan	11
6.2	Bewertung der vbw	11
7	Flüchtlinge.....	13
7.1	Zehn-Punkte-Plan	13
7.2	Bewertung der vbw	13
8	Gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben	15
8.1	Zehn-Punkte-Plan	15
8.2	Bewertung der vbw	15

9	Freiheit.....	17
9.1	Zehn-Punkte-Plan	17
9.2	Bewertung der vbw	17
10	Fluchtursachen	19
10.1	Zehn-Punkte-Plan	19
10.2	Bewertung der vbw	19
	Ansprechpartner / Impressum.....	21

Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

1 Klimaschutz

vbw – Klima- und Energiepolitik gerecht und ökonomisch tragbar gestalten

1.1 Zehn-Punkte-Plan

- Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, auch des Klimas
- Erreichen der deutschen Klimaschutzziele ohne „Wenn und Aber“
- Bis 2050 Energieversorgung für Strom, Wärme, Mobilität und Industrie komplett basierend auf Erneuerbaren Energien
- Deckelung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien (EE) aufheben und für einen fairen Übergang zu 100 Prozent EE sorgen
- Einführung eines Mindestpreises für Klimaverschmutzung
- Stromsteuer abschaffen, im Gegenzug aufkommensneutrale CO₂-Bepreisung einführen.
- Strom zu 100 Prozent aus EE bis 2030
- Sofortiger Ausstieg aus den 20 schmutzigsten Kohlekraftwerken, dann Fortsetzung des Kohleausstiegs. Keine Kohleverstromung mehr ab 2030 und Einhalten der Klimaschutzziele

1.2 Bewertung der vbw

Das grundsätzliche Bekenntnis zum Klimaschutz ist zu begrüßen. Die vbw bekennt sich zu dem Ziel, die globale Erwärmung auf unter zwei Grad zu begrenzen.

Doch aus Sicht der vbw sind mehrere Punkte abzulehnen:

Erreichen der deutschen Klimaziele ohne „Wenn und Aber“

Beim Erreichen der Klimaziele muss ein Level Playing Field gewahrt bleiben, sonst drohen Job-, Investment- und Carbon-Leakage.

Energieversorgung für alle Sektoren vollständig basierend auf EE

Der EE-Anteil wird in allen Sektoren zunehmen, eine vollständige Umstellung auf EE wird jedoch vor allem wegen fehlender Speicherkapazität scheitern.

Deckelung beim EE-Zubau aufheben

Es ist nötig, den Ausbau der EE an den Fortschritt beim Netzausbau zu koppeln, um örtlich nicht nutzbaren Stromüberschuss zu vermeiden und die Kosten der Energiewende zu bremsen.

Ein nationaler Mindestpreis für CO₂

Mit dem europäischen Emissionshandel existiert ein europäisches Leitinstrument zur Emissionsreduktion. Dessen marktwirtschaftliche Funktionalität sollte nicht durch weitere Markteingriffe ausgehebelt werden.

Stromsteuer abschaffen und aufkommensneutrale CO₂-Bepreisung einführen

Die Stromsteuer abzuschaffen entspräche der Position der vbw. Für die CO₂-Bepreisung steht als wirksames Instrument das Emissionshandelssystem (ETS) zur Verfügung.

100 Prozent Strom aus EE bis 2030 erreichen

Der Ausbau der EE erfolgt bereits auf ineffiziente Weise und zumindest partiell von der Nachfrage losgelöst. Ihn weiter zu beschleunigen, verursacht zusätzliche Kosten. Außerdem fehlen für eine Versorgung aus EE Speicherkapazitäten und ertüchtigte bzw. adäquat ausgebaute Netze.

Ausstieg aus den 20 schmutzigsten Kohlekraftwerken, keine Kohleverstromung ab 2030 und Einhalten der Klimaschutzziele

Bis Speicher im großindustriellen Maßstab zur Verfügung stehen wird für eine sichere Stromversorgung auf fossile Erzeugung – auch aus Kohlekraftwerken – nicht zu verzichten sein.

2 Elektromobilität

vbw – Ladeinfrastruktur voranbringen

2.1 Zehn-Punkte-Plan

- Mobilität in Zukunft: erneuerbar, effizient und digital, ohne Lärm, Abgase und Stau
- Intelligent aufeinander abgestimmte Mobilität zwischen abgasfreiem Auto, elektromobiler Bahn und ÖPNV, Rad und zu Fuß
- flächendeckender Ausbau des öffentlichen Fern- und Nahverkehrs
- Infrastruktur für Fahrräder deutlich verbessern
- Autos ohne Abgase. Das saubere Auto soll auch in Deutschland entwickelt und gebaut werden. Ab 2030 sollen nur noch abgasfreie Autos neu zugelassen werden
- Keine Subventionen für Spritfresser wie beim Dienstwagenprivileg
- E-Mobilität: für Neuwagen Bonus-Malus-System in der KFZ-Steuer, von dem profitiert, wer weniger CO₂ ausstößt

2.2 Bewertung der vbw

Mehrere Punkte des Zehn-Punkte-Plans sind erfreulich:

- effiziente und digitale sowie intelligent aufeinander abgestimmte Mobilität,
- Ausbau des öffentlichen Fern- und Nahverkehrs,
- Verbesserung der Radinfrastruktur.

Doch aus Sicht der vbw sind auch mehrere Punkte abzulehnen:

Ab 2030 nur noch abgasfreie Autos zuzulassen

Der Umstieg auf nachhaltige Antriebssysteme, vor allem Elektromobilität, kann nicht verordnet werden, sondern muss sich – gegebenenfalls beschleunigt durch Anreizsysteme – schrittweise entwickeln. Nur so lassen sich auch gewaltige Arbeitsplatzverluste in Automobil- und Zulieferindustrie vermeiden.

Dienstwagenprivileg, Bonus-Malus-Systeme

Die geltende Besteuerung der Privatnutzung von Dienst- und Firmenwagen anhand der Ein-Prozent-Regelung oder der Gesamtkostenmethode (Fahrtenbuchmethode) ist systematisch richtig und hat sich in der Praxis bewährt. Eine ökologische Ausrichtung findet sich bereits heute in der Kfz-Steuer.

3 Landwirtschaft

vbw – Nachhaltige Zukunftsperspektive in offenen Märkten sichern

3.1 Zehn-Punkte-Plan

- Gesunde Lebensmittel, die im Einklang mit der Natur hergestellt werden
- Landwirtschaft, die Grundwasser und Böden schützt, statt Bienen- und Vogelsterben zu verursachen
- Keine Ackergifte und Gentechnik
- Abschaffung industrieller Massentierhaltung über die nächsten zwanzig Jahre. Tierschutzstandards, die an den Bedürfnissen der Tiere orientiert sind
- Haltungskennzeichnung für alle Tierprodukte – im ersten Schritt für Fleisch
- Europäische Steuermilliarden so umschichten, dass Umweltschutz und Tierwohl zu neuen Einkommensmöglichkeiten für Landwirte werden

3.2 Bewertung der vbw

Zu begrüßen sind Lebensmittel im Einklang mit der Natur.

Kritische Punkte sind:

Landwirtschaft verursacht Bienen- und Vogelsterben

Bei Bienen ist eine Milbenart das Hauptproblem. Mittlerweile werden erfolgreich natürliche Mittel wie eine spezielle Hitzebehandlung eingesetzt.

Ackergifte

Es werden keine „Ackergifte“ verwendet, sondern Pflanzenerkrankungen werden mit wissenschaftlich geprüften Mitteln behandelt.

Gentechnik

Es ist notwendig, neue Techniken ergebnisoffen prüfen zu können, insbesondere bei der Züchtung von Resistenzen von Nutzpflanzen.

Massentierhaltung

Tierhaltung wird bereits unter verstärkter Berücksichtigung von Tierwohlaspekten umgebaut.

Haltungskennzeichnung

Eine genaue Verfolgbarkeit wäre in der Praxis bei Produkten, die Fleisch verschiedener Hersteller beinhalten, kaum machbar.

Landwirtschaftliche Förderung neu ausrichten

Landwirtschaftliche Familienbetriebe müssen wettbewerbsfähig bleiben. Dazu trägt die EU-Agrarpolitik mit gezielter Förderung bei. Sie darf durch neue Zielsetzungen nicht verwässert werden.

4 Europa

vbw – Europa durch Freihandel und Sicherheit stärken

4.1 Zehn-Punkte-Plan

- Europa stärken; Partnerschaft mit Respekt auf Augenhöhe
- In ökologische Modernisierung und digitale Zukunft investieren, statt mehr in Verteidigung zu stecken
- Durch gemeinsame Regeln Steuerdumping und Geldwäsche wirksam entgegen-treten
- CETA in dieser Form nicht ratifizieren

4.2 Bewertung der vbw

Zu begrüßen sind die Ziele, Europa zu stärken und – sofern dabei das rechte Maß gehalten wird – einheitliche Regeln für Steuerdumping und Geldwäsche zu erreichen.

Andere Punkte laufen dem Ziel, Europa zu stärken, entgegen:

CETA nicht ratifizieren

CETA ist ein modernes umfassendes Handelsabkommen, von dem positive Impulse für die Wirtschaft zu erwarten sind.

Ökologie statt Verteidigung

Die globalen Gegebenheiten werden mehr und nicht weniger Verteidigungsausgaben erfordern.

5 Familien

vbw – Familienförderung mit dem Gießkannenprinzip ist weltfremd

5.1 Zehn-Punkte-Plan

- Investitionen in gute Bildung, Kita-Qualität und intakte Schulen
- Verbesserung der Familienförderung durch zwölf Milliarden Euro („Familienbudget“)

5.2 Bewertung der vbw

Die Forderungen der Grünen bleiben reichlich unspezifisch. Grundsätzlich sind Investitionen in Bildung zu begrüßen. Ebenso sind weitere Fortschritte bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nötig. Diese müssen jedoch gezielt gefördert werden. Lokale Gegebenheiten und Bedarfe sind zu berücksichtigen und die Flexibilität in den Unternehmen zu beachten. Außerdem sind derartige Forderungen darauf zu prüfen, inwieweit sie eher Wunschenken entsprechen oder auch finanzierbar und sinnvoll sind.

Das vorgeschlagene Familienbudget entspricht diesen Kriterien nicht und ist deshalb abzulehnen.

6 Soziale Sicherheit

vbw – Beitragssatz deckeln – Faktor Arbeit nicht weiter belasten

6.1 Zehn-Punkte-Plan

- Soziale Ungleichheit abbauen
- Umbau der sozialen Sicherungssysteme zur einer solidarischen Bürgerversicherung
- Stabilisierung des Rentenniveaus
- Einführung einer Bürgerversicherung
- Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Gesundheitskosten
- Verbesserte soziale Absicherung von Selbstständigen

6.2 Bewertung der vbw

Die Forderung, soziale Ungleichheit abzubauen, ignoriert die insgesamt gute soziale Lage in Deutschland. Weitere abzulehnende Punkte sind:

Stabilisierung des Rentenniveaus auf heutigem Niveau

Eine Stabilisierung des Rentenniveaus auf dem heutigen Niveau würde zu erheblichen finanziellen Belastungen führen, die maßgeblich die jüngeren Generationen zu tragen hätten. Beitragssatzsteigerungen führen zudem zu höheren Lohnnebenkosten und gefährden damit Arbeitsplätze.

Einführung einer Bürgerversicherung (und damit das Ende des Systemwettbewerbs zwischen privaten und gesetzlichen Krankenkassen)

Es droht erhebliche Beitragssatzsteigerungen und damit höhere Arbeitskosten. Außerdem wäre der Einstieg in eine Einheitsversicherung auch der Beginn einer Qualitätsminderung. Eine Zwei-Klassen-Medizin würde so erst geschaffen.

Paritätische Finanzierung

Arbeitgeber tragen schon heute einen größeren Teil der Gesundheitskosten (z. B. über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die allein über 50 Milliarden Euro ausmacht).

Pflichtversicherung von Selbstständigen in der gesetzlichen Rentenversicherung

Grundsätzlich ist eine Altersvorsorgepflicht sinnvoll, eine Pflichtversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung ist allerdings abzulehnen. Zudem würde eine Einbindung von Selbstständigen und weiteren Berufsgruppen die finanzielle Schiefelage in der Rentenversicherung langfristig verschärfen.

7 Flüchtlinge

vbw – Erfolgreiche Integration braucht schnelle Verfahren und europäische Lösung

7.1 Zehn-Punkte-Plan

- Anerkennung des Grundgesetzes und der Grundwerte
- Deutschland als Einwanderungsland
- Stärkung der Demokratieerziehung
- Staatsbürgerschaft durch Geburt in Deutschland
- Familiennachzug für anerkannte Flüchtlinge
- Keine Obergrenze beim Asylrecht
- Keine weiteren Asylrechtsverschärfungen und Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete
- Schnelle Asylverfahren und Integration derjenigen, die in Deutschland bleiben
- Solidarische europäische Flüchtlingspolitik

7.2 Bewertung der vbw

Die Anerkennung des Grundgesetzes und der Grundwerte sind auch für die vbw eine Selbstverständlichkeit des gemeinsamen Zusammenlebens in Deutschland. Die Stärkung der Demokratieerziehung ist daher grundsätzlich positiv zu sehen. In der Notwendigkeit einer wirkungsvollen gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik, der Beschleunigung der Asylverfahren und der Integration der Geflüchteten, die dauerhaft in Deutschland bleiben, stimmt die vbw ebenfalls zu.

Es gibt jedoch auch unterschiedliche Auffassungen zu den Grünen. Integration kann nur gelingen, wenn die Kapazitäten der Bewältigung nicht überschritten werden. Das heißt, es braucht weiterhin klare Entscheidungsregeln darüber, wer bleiben darf und wer nicht, sei es über sichere Herkunftsländer oder über die Bleibeperspektive. Die Lösung sind schnelle Asylverfahren, die früh Klarheit schaffen. Eine Staatsbürgerschaft qua Geburt wäre das falsche Signal und könnte eine Pull-Wirkung entfalten, gerade auch bei Geflüchteten, die keine dauerhafte Perspektive bei uns haben.

8 Gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben

vbw – Bessere Rahmenbedingungen statt mehr Bürokratie

8.1 Zehn-Punkte-Plan

- Gleiche Arbeit soll gleich bezahlt werden, egal, ob sie von Frauen oder Männern geleistet wird; Ziel ist ein wirksames Entgeltgleichheitsgesetz
- Alle sollen ein Recht auf Rückkehr in Vollzeit haben

8.2 Bewertung der vbw

Aus Wirtschaftssicht sind insbesondere folgende Punkte kritisch:

Entgeltgleichheitsgesetz

Die vbw bekennt sich dazu, Frauen und Männern gleichen Lohn bei gleicher Qualifikation für gleiche Arbeitsleistung zu zahlen. Wie wissenschaftliche Untersuchungen belegen, sind die Gründe für die unterschiedlichen Durchschnittslöhne nicht geschlechtsbezogen. Die Hauptursachen liegen in den unterschiedlichen Präferenzen sowie Lebens- und Berufswelten von Frauen und Männern. Die Politik muss daher auch weiterhin die Rahmenbedingungen verbessern, anstatt mehr Bürokratie durch regulierende Maßnahmen zu schaffen.

Rückkehrrecht in Vollzeit

Die Forderungen nach einem Recht auf Rückkehr in Vollzeit widersprechen einer zeitgemäßen Auffassung von flexibler Arbeitsgestaltung. Dieses Instrument brächte den Beschäftigten keine zusätzliche Flexibilität, sondern würde massive Belastungen schaffen, die vor allem für kleine und mittlere Unternehmen kaum zu bewältigen sind. Schon die zahlreichen bestehenden Ansprüche auf Veränderung der Arbeitszeit im Falle von Elternzeit, Pflegezeiten oder anlassunabhängig stellen die Betriebe vor erhebliche, oft kaum zu bewältigende Herausforderungen.

9 Freiheit

vbw – Möglichst hohe Sicherheit für Unternehmen und Bürger gewährleisten

9.1 Zehn-Punkte-Plan

- Effektive Sicherheitspolitik, die Bedrohungen ernst nimmt, aber mit Augenmaß und unter Wahrung der Bürgerrechte reagiert
- Gute Ausstattung der Polizei zur Erfüllung ihrer wachsenden Aufgaben
- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden stärken
- Gezielte Überwachung statt massenhaftem Ausspähen aller

9.2 Bewertung der vbw

Aus Wirtschaftssicht ist eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu begrüßen. Wir müssen bei der Verbrechensbekämpfung und Prävention die länderübergreifende Zusammenarbeit innerhalb Deutschlands optimieren und die europäische und internationale Kooperation ausbauen.

Ebenso richtig und wichtig ist eine gute Ausstattung der Polizei: Wir benötigen eine gute personelle und finanzielle Ausstattung unserer Sicherheitsbehörden sowie eine technische Ausstattung „auf der Höhe der Zeit“ für die Bekämpfung von Kriminalität, die Abwehr von Terrorismus und die Sicherung des inneren Friedens in Deutschland.

10 Fluchtursachen

vbw – Fluchtursachen vor Ort bekämpfen

10.1 Zehn-Punkte-Plan

- Beendigung von Rüstungsexporten durch ein verbindliches Rüstungsexportgesetz
- Faire Handelsabkommen mit ökologischen und sozialen Standards
- Klimaschutz stärken, Überfischung beenden und Hunger und Flucht befördernde Agrarsubventionen streichen
- Schutz der Menschenrechte

10.2 Bewertung der vbw

Für die Unternehmen ist es selbstverständlich, geltende Rechte und Pflichten wie auch die Menschenrechte zu achten. Allerdings ist es nahezu unmöglich, über die komplette Lieferkette die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards sowie Arbeitnehmerrechten sicherzustellen. Faire Handelsabkommen sind prinzipiell auch im Sinne der Wirtschaft, allerdings ist unklar, was konkret mit ökologischen und sozialen Standards gemeint ist.

Kritisch zu sehen ist:

Beendigung von Rüstungsexporten durch ein verbindliches Rüstungsexportgesetz
Rüstungsexporte sind ein wichtiges Instrument deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Verantwortungsvoll genutzte Exportmöglichkeiten sind unverzichtbar für den Erhalt industrieller Fähigkeiten in Deutschland und Europa und gewährleisten somit auch die langfristige Liefersicherheit der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie für die Bundeswehr. Deutschland muss auch zukünftig ein zuverlässiger Kooperations- und Bündnispartner bleiben.

Ansprechpartner

Dr. Peter Pflieger

Abteilung Wirtschaftspolitik

Telefon 089-551 78-253

Telefax 089-551 78-249

peter.pflieger@vbw-bayern.de

Julius Jacoby

Grundsatzabteilung Recht

Telefon 089-551 78-237

Telefax 089-551 91-237

julius.jacoby@vbw-bayern.de

Beate Neubauer

Abteilung Sozialpolitik

Telefon 089-551 78-534

Telefax 089-551 91-534

beate.neubauer@vbw-bayern.de

Sebastian Kühnel

Abteilung Bildung und Integration

Telefon 089-551 78-218

Telefax 089-551 91-218

sebastian.kühnel@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde meist auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet.

Herausgeber:

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Juli 2017